

Gerhard Schröder, Wir brauchen eine heile Welt

Legende: Gerhard Schröder, Bundesaußenminister von 1961 bis 1966, unterstreicht die Bedeutung des Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft.

Quelle: SCHRÖDER, Gerhard. Wir brauchen eine heile Welt, Politik in und für Deutschland. DR. RAPP, Alfred (Hrsg.). 2. éd. Düsseldorf-Wien: Econ-Verlag GmbH, 1964. 283 S.

Urheberrecht: (c) Gerhard Schröder

URL: http://www.cvce.eu/obj/gerhard_schroder_wir_brauchen_eine_heile_welt-de-67e2e6bd-ac65-416b-923a-b358ff6ecc73.html

Publication date: 22/10/2012

Gerhard Schröder, *Wir brauchen eine heile Welt*

[...]

Als sich die vierte Regierung Adenauer am 14. November konstituierte, sah sie sich einer Reihe dringender Probleme gegenüber. Die Lage in Berlin hatte sich nach der Errichtung der Mauer durch die Pankower Machthaber mit Rückendeckung aller Warschauer Pakt-Staaten weiter verschärft. Nach den Gesprächen, die amerikanische und britische Staatsmänner im September mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko geführt hatten, stellte sich die Frage, ob der Westen mit der Sowjetunion erneut in Verhandlungen eintreten solle. Bei den Begegnungen des Bundeskanzlers mit Präsident Kennedy in Washington und mit Präsident de Gaulle in Paris spielte dieses Thema eine ebenso wichtige Rolle wie bei dem Treffen zwischen de Gaulle und Macmillan, das zwischen den beiden genannten Besuchen stattfand. Danach mußte die Konferenz der vier Außenminister in Paris einen Entschluß dazu fassen, der anschließend vom Ministerrat der NATO erörtert und unterstützt wurde. Das Ergebnis ist im Kommuniqué der Ministerratstagung der NATO vom 15. Dezember 1961 mit den Worten ausgedrückt, daß die Außenminister »der am unmittelbarsten betroffenen Staaten« mit der Sowjetunion »erneut diplomatische Kontakte« aufnehmen werden, um »festzustellen, ob eine Verhandlungsgrundlage gefunden werden könnte.«

Es handelt sich bei dieser Formulierung um einen Kompromiß zwischen einander widersprechenden Auffassungen über die westliche Taktik. Nach französischer Ansicht fehlt für Verhandlungen mit der Sowjetunion unter den gegenwärtigen Gegebenheiten die Basis. Die anglo-amerikanische Diplomatie betont demgegenüber die Notwendigkeit, eine weitere Zuspitzung der Krise durch Eröffnung des Gesprächs mit den Sowjets zu verhindern, weil der öffentlichen Meinung im Westen und in der neutralen Welt gezeigt werden müsse, daß man bei aller Festigkeit im Grundsätzlichen nichts unversucht läßt, um den Frieden zu erhalten. Dieser Kompromiß war nicht leicht zu erzielen. Aber die NATO-Ministerratsitzung hat bewiesen, daß das gemeinsame Interesse ihrer Mitglieder auch solche Meinungsverschiedenheiten überwindet. Wir Deutschen konnten mit Genugtuung feststellen, daß in allen wesentlichen Fragen, die unsere eigene bedrohte Situation betreffen, Übereinstimmung bestand. Demgegenüber treten die Auffassungsunterschiede über taktische Fragen zurück. Nach dem Bermuda-Treffen zwischen Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan besteht Klarheit darüber, daß die Sondierungen bei der sowjetischen Regierung fortgesetzt werden. Wir hoffen, daß die Sowjetunion dabei eine Haltung einnimmt, die es ermöglicht, in Verhandlungen einzutreten, und wir wünschen, daß diese Verhandlungen zu einer Regelung führen, die alle Seiten als einen *modus vivendi* akzeptieren können.

Das zweite Thema, das in den letzten Wochen des alten Jahres zur Debatte stand, betraf die europäische Zusammenarbeit. Auf diesem Gebiet können wir in das neue Jahr mit dem Bewußtsein eintreten, daß wichtige Fortschritte erzielt werden. In Brüssel werden in diesen Tagen zwischen den Mitgliedstaaten der EWG die komplizierten Verhandlungen über den Beginn einer gemeinsamen Landwirtschaftspolitik geführt. Die Bundesregierung hofft, daß diese Arbeiten bald erfolgreich abgeschlossen werden, damit es dem Ministerrat möglich wird, den Beschluß zum Übergang in die zweite Stufe des Gemeinsamen Marktes zu fassen. Sie wird nicht nur einen weiteren Abbau der Handelsbeschränkungen zwischen den Mitgliedsländern und einen neuen Schritt auf dem Weg zum gemeinsamen Außenzolltarif bringen, sondern erstmalig die bisher erforderliche Einstimmigkeit von Beschlüssen im Ministerrat durch das Prinzip der Mehrheitsentscheidung auf verschiedenen Gebieten - zu denen allerdings die Landwirtschaft nicht gehört - ersetzen. In diesem institutionellen Fortschritt deutet sich das politische Endziel an, das bei der Abfassung des Vertrags über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eine wichtige Rolle spielte.

Die europäische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und auf politischem Gebiet wird durch den Antrag Großbritanniens auf Beitritt zum Gemeinsamen Markt und durch entsprechende Gesuche einiger anderer europäischer Länder in einer positiven Weise akzentuiert, die noch vor einem Jahr kaum jemand erwartet hätte. Deshalb treten wir in das neue Jahr mit der Hoffnung ein, daß Europa auf dem Wege zu seiner Einigung weitere entscheidende Schritte machen wird. Das neue Jahr wird uns sicher neue Schwierigkeiten und neue Probleme nicht ersparen. Wir wollen aber darauf vertrauen, daß wir auf Fundamenten weiterbauen können, die sich bereits als tragfähig erwiesen haben.

[...]

Die Bundesregierung hatte es bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und später bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft aufrichtig bedauert, daß Großbritannien sich damals nicht in der Lage sah, Mitglied dieser Gemeinschaften als einer engeren politischen Verbindung der europäischen Staaten zu werden. Mit um so größerer Genugtuung hatte sie daher das Gesuch der britischen Regierung vom 10. August 1961 begrüßt, mit den Mitgliedstaaten der EWG Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zu dieser Gemeinschaft aufzunehmen.

Ebenso erfüllt uns das britische Gesuch vom 28. Februar 1962, Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und zur Europäischen Atomgemeinschaft zu beginnen, mit großer Befriedigung. Wir sehen darin einen neuen Beweis für den aufrichtigen Willen der britischen Regierung, am großen Werk der europäischen Einigung in allen Bereichen teilzunehmen, und wünschen einen baldigen Beginn dieser Verhandlungen.

Die Bundesregierung ist sich der großen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Commonwealth für Großbritannien, Europa und die gesamte freie Welt voll bewußt. Auch die Bundesregierung ist der Auffassung, daß der Beitritt Großbritanniens nicht zur Folge haben darf, daß die lebenswichtigen Interessen des Commonwealth geschädigt werden. Deshalb hat man sich im Kreis der Sechs mit der vollen Zustimmung der Bundesregierung und dann auch gegenüber der britischen Regierung auf die Formel geeinigt, daß die Behandlung der Commonwealthprobleme unter dem Leitmotiv stehen sollen, den lebenswichtigen Interessen des Commonwealth Rechnung zu tragen, ohne den Bestand des Rom-Vertrages in Frage zu stellen. Man kann es auch anders ausdrücken: Die Gemeinschaft bemüht sich zusammen mit den Engländern, die Commonwealthprobleme mit den Mitteln des Rom-Vertrages zu lösen.

Das heißt zugleich, daß die Fortentwicklung und Dynamik der EWG dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Bei der Weiterführung der Beitrittsverhandlungen in Brüssel wird es sich darum handeln, eine Synthese zwischen diesen beiden Gesichtspunkten herzustellen, die alle Beteiligten soweit wie möglich zufriedenstellt. Der bisherige Verhandlungsverlauf läßt durchaus die Hoffnung zu, daß dies gelingen wird. Die Bundesregierung hält den Beitritt Großbritanniens zur EWG für eine politische Notwendigkeit.

[...]